

„Klimaschutz vor Ort stärken“

Am 30.11.2015 beginnt die Weltklima-Konferenz der Vereinten Nationen. Wir hoffen, dass endlich Tatkraft geweckt wird und die Verantwortlichen der Vereinten Nationen die Umwelt vor den Profit stellen.

Wer aber in Paris glaubwürdig verhandeln will, muss im eigenen Land ernstmachen mit dem Klimaschutz, um der Energiewende und dem Klimaschutz endlich wieder Schwung zu verleihen und die ökologische Modernisierung voranzubringen. Deutschland braucht einen radikalen Richtungswechsel in der Klimapolitik.

Als GRÜNE ist es unsere Aufgabe und Pflicht uns dafür einzusetzen, dass alle Menschen überall ein gutes und sicheres Leben führen können, dass alle Menschen dieser Welt von der Fülle dieses Planeten profitieren können.

Dieses Engagement beginnt direkt bei uns vor der Haustür, jedeR von uns trägt hier die Verantwortung.

Nicht nur weltweit, auch bei uns in Rheinland-Pfalz ist der Klimawandel längst spür- und messbar. Waldsterben und die immer häufiger auftretenden Jahrhunderthochwasser sind dafür nur zwei Beispiele. Wollen wir diese katastrophalen Entwicklungen noch begrenzen, müssen wir weltweit ambitionierten und effektiven Klimaschutz umsetzen. Die internationale Staatengemeinschaft hat das längst erkannt. Das Minimalziel, den globalen Temperaturanstieg bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf 2°C zu begrenzen, ist weltweit anerkannt. Nur wird das Erreichen dieses Minimalzieles aufgrund der Fortgeschrittenen Erderwärmung mittlerweile nicht mehr ausreichen. Daher schließen wir uns der Forderung der 54 Länder Afrikas an, die in ihrer „Cairo Declaration“ vom 10. März 2015 die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C fordern.

Der massive Eingriff in die Natur durch den Menschen wird in Zukunft zum Fluchtgrund Nummer Eins werden. Der Klimawandel ist heute längst kein abstraktes Phänomen mehr. Weltweit spüren wir die Folgen der vom Menschen verursachten Erderwärmung. Gerade die Menschen im globalen Süden, in den ärmsten Ländern der Welt, leiden schon heute massiv unter verheerenden Dürren, Stürmen und Überschwemmungen. Hunger und Kriege und Flucht sind die direkten Folgen. Schon in absehbarer Zeit, werden viele Länder dieser Erde kaum mehr bewohnbar sein.

In Mainz konnten wir das Kohlekraftwerk verhindern, doch der CO₂ Ausstoß muss in unserer Stadt weiter massiv gesenkt werden. Eine Maßnahme hierzu ist der gerade stattfindende Bau der

Klimaschutzzielen näher. Es geht dabei um nichts weniger als die Zukunft unserer Kinder auf diesem Planeten.

Ändern wir die Politik, nicht das Klima! Es gibt keinen Planet B.

Deshalb unterstützen wir das Grüne Klimaschutzprogramm für Paris des Bundesverbandes, mit seinen Forderungen:

- Ein nationales Klimaschutzgesetz, das jährliche Reduktionsziele bis 2050 verbindlich festschreibt: 40 Prozent Emissionsminderung bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und 95 Prozent bis 2050.
- Einleitung des Kohleausstiegs durch strenge CO₂-Grenzwerte: Bis 2020 wollen wir so mindestens sechs GigaWatt an alten, ineffizienten Braunkohle-Kraftwerken vom Netz nehmen– das entspricht etwa zehn bis 15 mittelgroßen Kohleblöcken.
- Abbau klimaschädlicher Subventionen: In einem ersten Schritt wollen wir zehn Milliarden Euro streichen, u.a. bei den Ökosteuerrabatten der Industrie, den Steuerprivilegien für große Dienstwagen und der steuerlichen Begünstigung von Flugbenzin und Agrardiesel.
- Die Stützung des Emissionshandels durch Einführung eines CO₂-Mindestpreises von zunächst 15 Euro pro Tonne CO₂
- Mehr Erneuerbare Energien durch eine Verdopplung der Ausbaukorridore für Sonnenstrom und nachhaltig erzeugte Biomasse und durch verbesserte Ausschreibungsbedingungen für Bürgerwindparks und Energiegenossenschaften
- Einstieg in eine ökologische Verkehrsreform.
- Eine neue Agrarpolitik, die klimafreundlich wirtschaftende Betriebe und Ökolandbau stärker fördert und die industrielle Massentierhaltung einschränkt
- Einen Energiesparfonds, der drei Milliarden Euro pro Jahr in Gebäudesanierung und Effizienz-Projekte investiert, um VerbraucherInnen und Unternehmen beim Einsparen zu unterstützen und das regionale Handwerk fördert.
- Ein gesetzliches Fracking-Verbot, weil das wasser- und umweltgefährdende Fracking auch Klimaschutz und Energiewende konterkariert
- Mehr Transparenz für klimabewusste Anlegerinnen und Anleger, die raus wollen aus den fossilen Energien (Divestment), durch eine verpflichtende Unternehmensberichterstattung über ökologische und soziale Ziele und ein glaubwürdiges Siegel für nachhaltige Geldanlagen.

gleich in Kombination am Konstone.